Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich: vierteljährl. ℳ 6. Man abonnirt ferner mit entsprechendem Postaufschlag bei den Postanstalten in der Schweiz, Italien, Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Schweden und Norwegen, Rußland, den Donaustaaten, der Europäischen Türkei, Egypten. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur unter Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um 1/4 7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.

Filialen:
Alfred Hahn vorm. O. Klemm's Sortim. Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 406. **Sonntag** den 11. August 1901. 95. Jahrgang.

Aus der Woche.

Das schmerzliche Ereigniß von Friedrichshof hat die Woche beherrscht, die theilnahmsvollen Kundgebungen des In- und Auslandes flossen aus aufrichtig trauernden Herzen, und dem Gemüth, dem Geiste der verblichenen Fürstin ist Gerechtigkeit widerfahren. Die politischen Gesinnungen der Verstorbenen haben in der Presse zu mancherlei Betrachtungen und sogar zum Austausch von Meinungen Anlaß gegeben, insbesondere ist auch das Verhältniß zum Fürsten Bismarck Gegenstand mehrfacher Erörterungen gewesen. Wir haben die Beziehungen zwischen der ersten Anwärterin auf den neuen deutschen Kaiserthron und dem Zimmerer dieses Hochsitzes im Nachrufe flüchtig gestreift und sehen uns nicht veranlaßt, näher darauf einzugehen. Man spricht von Reibungen, die stattgefunden hätten und gewiß ist weder die schleswig-holsteinische, noch die in den sechziger Jahren Oesterreich gegenüber beobachtete Politik nach dem Herzen der Kronprinzessin Victoria gewesen, letztere nicht, weil die verhältnißmäßig noch nicht lange in Preußen lebende hohe Dame außer Stande war, die Kräfte der großen alten, geographisch compacten Habsburger Monarchie und des weit kleineren, durch andere Länder gegabelten Preußen richtig gegeneinander abzuschätzen. Daß die Meinungsverschiedenheiten zu Reibungen geführt haben, ist nicht erwiesen und nicht wahrscheinlich. Jedenfalls hat die Kronprinzessin die Pläne Bismarck's niemals durchkreuzt, noch auch zu durchkreuzen versucht, kleine Einwirkungen, wie z. B. die Verzögerung des Bombardements von Paris im Jahre 1870 ändern an dieser Feststellung nichts. Bismarck selbst hat niemals einer ernsten Beschwerde über politische Interventionen der Verstorbenen Ausdruck gegeben. Und Bismarck getraute sich, über höchstgestellte Damen scharf zu urtheilen. Er ist der bereitwillige und, wie man glauben darf, wohlbedankte Beistand der Kaiserin, in ihrer schwersten Zeit, der des Regiments ihres mit dem Tode ringenden Gemahls gewesen.

Wir waren nicht die Einzigen, die den Wunsch nach möglichst schlichten Formen bei dem Empfang des Grafen Waldersee äußerten. Andere nationale Blätter hatten die gleiche Erwartung nachdrücklicher und mit weit schärferer Begründung erhoben. Die Erwartung ist nicht ganz in Erfüllung gegangen. Des Feldmarschalls erste Rede ist reichlich ausgefallen. Nach Beendigung der unvergleichlichen, das Reich heraufführenden Kriegsfahrt haben die Heroen der Feldzüge, die Moltke, Roon, Blumenthal, Göben, Alvensleben — von den fürstlichen Heerführern ganz zu schweigen — zusammen nicht so viel gesprochen. Wiederholungen wären um so mehr zu bedauern, als die antinationale Presse schon am Werke ist, nicht einwandsfreie Aeußerungen zum Ausgangspuncte eines dem ganzen chinesischen Unternehmen abträglichen Protestes zu machen und die nationale Presse sich außer Stande sieht, das Ungeschichtliche zu Geschichtlichem zu stempeln.

Wenn das deutsche Volk das Gruseln jetzt nicht lernt, so wird es das nimmermehr lernen. Die Freihändler geben sich alle erdenkliche Mühe, es ihm, den fürchterlichen Zolltarif in der Hand, beizubringen. Es giebt kein Unheil, das ihm nicht als vor der Thüre stehend bezeichnet wird, und schon der Versuch, über einen solchen Tarif in Bundesrathsberathung einzutreten — um etwas anderes handelt es sich noch nicht — wird als strafbar und bereits bestraft hingestellt. So hat Witte seine Beauftragten in Deutschland gewissermaßen ihre Pässe verlangen lassen, England rüstet bereits zu furchtbaren Repressalien, Rußland ist durch den Tarif zu einem Verbot der Preußengängerei bewogen worden. Was letztere Maßregel angeht, so wird mitgetheilt, daß der östliche Nachbarstaat sie lange in Erwägung gezogen hatte, ehe der Zolltarif auch nur ausgearbeitet war. Wird zu ihr gegriffen, so geschähe es lediglich im Interesse und unter dem Drucke des russischen Grundbesitzes, die sich das Arbeitsangebot nicht mindern lassen möchten, sie wäre also eine rein „agrarische" Maßregel. Und eine solche durchzuführen, legt man von deutscher, antiagrarischer Seite der fremden Regierung nahe. Selbstverständlich fahren die Freisinnigen mit den in der handelspolitischen Frage ihnen Nachbetenden fort, alle günstigen ausländischen Urtheile über den Tarif zu unterdrücken. Und doch sind selbst von Organen der österreichischen Preßindustrie, ja selbst von amerikanischer Seite ruhig urtheilende Stimmen laut geworden. Weit schlimmer aber ist, daß das Wolff'sche halbamtliche Telegraphenbureau (W. T. B.) abfällige Urtheile und fremdländische Drohmeldungen, auch solche, die den Stempel der Erfindung an der Stirn tragen, verbreitet, und dies in sensationellster Form. Dieser Erscheinung kommt mehr als nur wirthschaftspolitische Bedeutung zu. Man hat deshalb für sie nach allen möglichen Erklärungen, durchweg haltlosen, gesucht. Es ist nur zweierlei möglich. Entweder begnügt sich Graf Bülow mit einer Function, die an das fünfte Rad am Wagen erinnert, also das „W. T. B." gehorcht einer anderen, dem Reichskanzler entgegenarbeitenden Stelle, oder: Graf Bülow spielt ein Doppelspiel. Ein Drittes läßt sich kaum construiren.

Ist die erstere Annahme die richtige, so wird der Verfasser der von uns schon erwähnten Betrachtung der „Köln. Zeitg." über die Reichsfinanzreform wenig Glück haben mit seinem Wunsche, daß der Reichsfinanzverwaltung „gegenüber so mächtigen Ressortschefs wie dem Kriegs- und Marineminister eine starke Stellung" eingeräumt werden möge, was nur geschehen könne, wenn der Reichskanzler sich dieser Aufgabe thatsächlich unterzieht. Im Uebrigen sind wir der Erfüllung der Zusage, auf die Kölner Darlegungen nochmals eingehend zurückzukommen, durch Andere enthoben worden. Das rheinische Blatt hatte, wie schon gemeldet, ausgeführt, für Bayern sei wegen seines Eisenbahnbesitzes, „sowie durch die unendlich ergiebige Bierquelle" die Lage noch erträglich, mit Sachsen stände es schon anders und die Kleinstaaten wären auf das Uebelste daran. Darauf antwortet prompt der Münchener Correspondent des Blattes. Er bestreitet nicht die Bedrängniß der Kleinstaaten, aber

„Bayern glaubt doch auch mit Zug und Recht verlangen zu können, daß die Matrikularbeiträge niemals höher seien, als die Ueberweisungen des Reichs. Bei dem der nächsten Landtagssession vorzulegenden Budget ist, wie verlautet, auf eine etwaige Erhöhung der Matrikularbeiträge gar keine Rücksicht genommen, trotzdem aber ist, wie wir bereits erwähnten, der ausgleichende Abschluß nur mit Ach und Krach hergestellt worden. Wie nun aber, wenn trotzdem die Matrikularbeiträge sich erhöhen? . . . Daß sich auch die maßgebenden Kreise Berlins dieser Erkenntniß nicht verschließen, dafür zeugt allein schon die Thatsache, daß im Grunde genommen die Verhandlungen oder, besser gesagt, die Besprechungen über eine Reichsfinanzreform niemals geruht haben. Die Schwierigkeit liegt keineswegs bei irgend einer Regierung, sondern einzig und allein beim Reichstage und namentlich beim Centrum."

Es ist tröstlich, daß Bayern nicht damit zurückhält, daß auch es der Schuh drückt. Gegen das Centrum kann es sich Hilfe bei — dessen Wählern verschaffen.

Eine amerikanische Centrumspartei.

Man schreibt uns:

Unter den Katholiken der Vereinigten Staaten von Amerika ist seit geraumer Zeit eine Bewegung im Gange, die einen Zusammenschluß der Katholiken zum Ziel hat. Die Frage ist aber, wie dieser Zusammenschluß beschaffen sein soll. Ein Theil denkt daran, sich auf die Veranstaltung großer Versammlungen und Umzüge zu beschränken, weil derartige Demonstrationen dem Amerikaner imponiren; ein anderer Theil dagegen strebt die Bildung einer politischen Partei nach dem Muster des deutschen Centrums an, weil nur sie dem Congreß und der Regierung Zugeständnisse abnöthigen könne. Weshalb solche Zugeständnisse überhaupt erfolgen sollen —, das zu erfahren ist wegen der verfassungsrechtlichen Regelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat in der Union ungemein lehrreich.

Bekanntlich besteht in den Vereinigten Staaten thatsächlich und rechtlich volle Religionsfreiheit; doch als Corporation sind die Kirchen, wie H. v. Holst in seinem „Staatsrecht der Vereinigten Staaten" anmerkt, der Gesetzgebungsgewalt der Einzelstaaten, namentlich in vermögensrechtlicher Hinsicht, untergeordnet und ihrer Polizeigewalt unterstellt. Dieses „Freiwilligkeitssystem", das die Kirche nicht anders als einen Schachclub, die Priester vor Gerichte nicht anders als einen Eisenbahndirector behandelt, hängt mit der Staatsauffassung der Amerikaner innig zusammen. „Da dort", schreibt hierüber Heinrich v. Treitschke treffend, „der Staat mehr eine freie Gesellschaft als eine zwingende Staatsgewalt ist, so ist die Consequenz, auch die Kirche als freie Privatgenossenschaft zu behandeln, leicht gezogen. Die radicalen englischen Sectirer, welche die Begründer der Union geworden sind, faßten selbst die Kirche als einen Privatverein auf. Diese Gedanken lagen gleichsam in der Luft, und als sich das junge neue Staatssystem entwickelte, war die Staatsgewalt in sehr enge Schranken eingepreßt. So mußte das Leben dieses Staates sich in der Gesellschaft vollziehen, in unzähligen Vereinen und Versammlungen freier Bürger. Dem entspricht auch das kirchliche Leben. Wo Alles durch freie Privatvereine besorgt wird, kann auch die Kirche diese Stellung einnehmen.

Eine derartige Gleichstellung mit den sonstigen Corporationen genügt den amerikanischen Katholiken jetzt nicht mehr: jetzt soll ein amerikanisches Centrum der katholischen Kirche Privilegien erkämpfen! In einem langen Plaidoyer der Berliner „Germania" für die Bildung eines transatlantischen Centrums treten diese Tendenzen offen hervor. Das Gewand, in das sie sich einhüllen, ist das bekannte Trauerkleid, das der Klerikalismus immer anlegt, wenn er hierarchische Zwecke verfolgt. „Der Katholik ist nur geduldet im Lande der Freiheit", klagt die „Germania", „ein Recht auf Existenz hat er dort nicht. Nirgends auf Gottes weiter Erde schwirrt die Luft so voll von Vorurtheilen und Lügen gegen die katholische Kirche." — Und über die angebliche Verletzung, die den „heiligen Rechten" der Kirche angethan werde, heißt es weiter: „Man bestreitet ihr das Anrecht auf die Erziehung ihrer Kinder, man zwingt sie zur Beisteuer für die religionslose öffentliche Schule, man bestreitet ihren Kindern den Zutritt zu öffentlichen Aemtern — kein Katholik kann, obgleich es kein geschriebenes Gesetz in diesem Puncte giebt, Präsident (!!) der Vereinigten Staaten werden —, man bringt in vielen anderen Beziehungen auf die Kirche ein; und die Katholiken müssen sich dies Alles und noch viel mehr ruhig gefallen lassen."

Merkwürdig! Als im November des vergangenen Jahres der „Toleranzantrag" des Centrums im Reichstage eingebracht war, empfahl ihn die klerikale „Köln. Volksztg." mit dem Hinweise, daß man in den Vereinigten Staaten Alles besitze, was jetzt vom Centrum gefordert werde. Also: volle Freiheit des religiösen Bekenntnisses (um nur die wesentlichsten Puncte jenes Antrages herauszugreifen), freie und öffentliche Ausübung des Cultus, ungehinderten Verkehr mit den Obern, Freiheit in der Errichtung von Gemeinden und Aemtern, sowie in der Verwendung auswärtiger Religionsdiener, Freiheit für alle Missionen, religiösen Genossenschaften und Vereine — all' dies besitzt die Union nach klerikalem Zeugniß, und trotzdem solche Klagen der „Germania", trotzdem der Ruf nach einer amerikanischen Centrumspartei!

Daß aber letztere für die Freiheit der Religionsübung in der Union nicht erst einzutreten braucht, ist ebenso einleuchtend, wie es mit Händen gegriffen werden kann, daß die Klagen der „Germania" den Stempel klerikaler Culturkampfgelüste tragen. Zum Ueberfluß beweist dies der bittere Hohn, mit dem die „Germania" diejenigen amerikanischen Priester und Bischöfe überschüttet, die den Gedanken an die Gründung eines amerikanischen Centrums bekämpfen. Unter offener Anspielung auf die Erzbischöfe von St. Paul und Baltimore fragt schließlich die „Germania": „Wird man muthig genug sein, öffentlich zu bekennen, daß man in erster Linie ein Kirchenfürst, ein Erzbischof ist, und erst in zweiter Linie ein amerikanischer Bürger, der immer geneigt ist, ein Auge oder auch zwei zuzudrücken, wenn die Kirche nicht zu ihrem Rechte kommt?"

Ob auf solche Einschüchterungsversuche die amerikanischen Kirchenfürsten eine — deutsche oder eine amerikanische Antwort geben werden, muß man abwarten. Fällt die Antwort im Sinne der „Germania" aus, dann ist der Union ein Culturkampf gewiß.

Der Krieg in Südafrika.

Ueber den Goldschatz des Präsidenten Krüger

waren die seltsamsten Gerüchte verbreitet, die von Delagoabai ihren Ausgang nahmen. Darnach sei Capitän Crowe, der britische Consul in Delagoabai, zur Kenntniß gelangt, daß der Goldschatz des Präsidenten Krüger, der ungefähr auf zwei Millionen Pfund Sterling zu taxiren, an Bord eines Schiffes am Flusse verborgen sei. Darauf habe Crowe einen notorischen Vagabunden gedungen, sich des Schatzes zu bemächtigen. Die Schiffsmannschaft habe hiervon Wind bekommen und habe zunächst den Schatz in den Fluß versenkt und denselben schließlich mit Hilfe des amerikanischen Consuls Heller und eines amerikanischen Capitäns von Delagoabai nach einem fremden Hafen in Sicherheit bringen lassen. Die abenteuerliche Geschichte wurde von dem irländischen Deputirten Davies im britischen Unterhause zum Gegenstande einer Anfrage an die Regierung gemacht, die Viscount Cranborne mit der Erklärung beantwortete, daß die Regierung von der Sache absolut nichts wisse, daß Delagoabai portugiesisches Territorium sei und daß weder Capitän Crowe noch irgend ein englischer Functionär das Recht hätte, derselbst einen Goldschatz zu suchen, ob derselbe Mr. Krüger oder sonst Jemandem gehöre. Ihrer Majestät Regierung habe übrigens keine Ursache, zu glauben, daß das von der portugiesischen Regierung erlassene Goldausfuhrverbot aus Delagoabai durch amerikanische Hilfe und auf amerikanischen Schiffen verletzt worden sei.

Standrechtliche Erschießungen.

Man schreibt uns aus London, 9. August:

Lord Kitchener muß wieder eine officielle Meldung über eines der üblichen „Malheurs" nach London senden, und es ist wiederum das berüchtigte Freiwilligencorps des früheren österreichischen Officiers und jetzigen britischen Colonialobersten Steinacker, welches in einem neuen Scharmützel mit den Boeren zu kurz gekommen ist. Eine Abtheilung dieser Truppe, die sich aus den schlimmsten Elementen verschiedenster Nationen zusammensetzt, wurde von den Boeren am Sabiflusse in früher Morgenstunde überrascht und nach kurzem Gefecht zur Capitulation gezwungen, nachdem sie 1 Officier und 7 Mann an Todten und 19 Verwundete verloren hatte. Der Rest von 1 Officier und 30 Mann mußte sich den Burghers übergeben, welche dieses Mal von dem bisherigen Gebrauche abgingen und ihre Gefangenen nicht in Freiheit setzten. Es hat überhaupt den Anschein, als ob die Boeren sowohl im Transvaal und Freistaate, als auch selbst in der Capcolonie in den letzten Wochen mit der Freilassung ihrer Kriegsgefangenen nicht mehr so schnell bei der Hand gewesen sind wie zuvor, denn die officielle Summirung des Londoner Kriegsamtes aller bisherigen Verluste der britischen Feldarmee in Südafrika zeigt überraschender Weise einen Posten von 7 Officieren und über 500 Unterofficieren und Mannschaften als vermißt und gefangen. Allein im Monat Juli wurden drei Officiere und 66 Mann gefangen genommen und nicht wieder freigelassen, und dies dürfte seinen Grund darin haben, daß den Boeren darum zu thun ist, für alle Fälle Geiseln in der Hand zu behalten, um eventuell den Engländern auf die Hinrichtung gefangener Capholländer durch Pulver und Blei oder durch den Strang mit der einzigen richtigen Maßregel antworten zu können, wenn Noth an den Mann geht, d. h. ebenfalls zum Zwecke der Abschreckung und der Rebanche englische Gefangene, besonders wenn sie sich, wie dies so häufig vorgekommen ist, Ausschreitungen haben zu Schulden kommen lassen und dabei in die Hände der Boeren gefallen sind, kriegsrechtlich vom Leben zum Tode zu befördern.

Es hat sich jetzt herausgestellt, daß es nicht nur vereinzelte Fälle waren, in denen die Bevölkerung ganzer Ortschaften in der Capcolonie gezwungen wurde, der Hinrichtung gefangener „Rebellen" durch den Strang beizuwohnen, sondern diese grausame und durch nichts gerechtfertigte Maßregel scheint allmählich sogar von den entsprechenden britischen Militärbehörden zur Regel gemacht zu werden. In der letzten Woche kamen nicht weniger als vier derartige Fälle vor, und zwar in Dordrecht, in Cradock, in Middleburg und in Craaf Reinet, wo die holländischen Einwohner zur festgesetzten Stunde zusehen mußten, wie einige ihrer Landsleute, die für die Boerensache zur Waffe gegriffen hatten, wie ganz gemeine Räuber und Mörder am Galgen aufgeknüpft wurden. Zum Ueberfluß wird sogar noch von Capstadt berichtet, daß die betreffenden Standgerichte, welche solche Todesurtheile fällen und zur Ausführung gelangen lassen, sich gewöhnlich mit den allergeringsten Beweisstücken begnügen und wie auf Bestellung ihr Urtheil abgeben, welches verschiedenen Mitmenschen auf die entehrendste und grausamste Weise das Leben kosten soll. Bei der kurzen Verhandlung gegen den bekannten „Rebellen" Johannes Petrus Coetzer wurde diesem nicht einmal ein Vertheidiger gegeben oder gestattet, und die ganze Beweisführung gegen diesen Capholländer nahm kaum mehr als eine Viertelstunde in Anspruch. Man hat sich eben im britischen Hauptquartier in Südafrika immer noch nicht davon überzeugt, daß mit solchen drakonischen Maßregeln die Freunde der Boeren in der Capcolonie nicht nur nicht abgeschreckt und eingeschüchtert werden können, sondern daß im Gegentheil dadurch der Zorn und der Haß und die Kampfeswuth auf Seiten der Burghers und der „Rebellen" erst recht angefacht und vergrößert wird.

Gegen solche Thatsachen scheint das Hauptquartier und das Londoner Kriegsamt hartnäckig und eigensinnig die Augen zu verschließen, und die Folgen werden daher auch fernerhin von England getragen werden müssen. Die Boeren werden es niemals vergessen und vergeben, daß die britische Regierung sie nicht mit ehrlichen Waffen bekämpft, sondern auch im wahren Sinne des Wortes mit dem Strick durch ihre Soldaten auf dem Kriegsschauplatze Henkersdienste verrichten läßt.

* **London**, 10. August. Lord Kitchener meldet aus Pretoria unter dem 9. August: Das Blockhaus in der Nähe von Brandfort ist in der Nacht vom 7. zum 8. August nach einem heftigen Kampfe genommen worden. Die Verluste der Engländer sind: ein Todter und drei Verwundete.

* **London**, 10. August. Eine Depesche der ungarantirten „Daily Mail" aus Lourenço Marquez meldet, Leutnant Hallen und Gemeiner Cohen von Steinacker's leichter Reiterei, welche einen boerischen Depeschenreiter Namens Scholz erschossen, wurden auf einem jüngsten Treffen mit Boeren gefangen genommen und aus Rache für Scholz' Tod kaltblütig niedergeschossen. (Voss. Ztg.)

Deutsches Reich.

△ **Berlin**, 10. August. Die Verhältnisse in den Bergwerksbezirken und die Löhne der Bergwerksarbeiter haben sich von jeher der besonderen Aufmerksamkeit der Socialdemokratie zu erfreuen gehabt. Glaubte und glaubt sie doch heute noch, hier ein ergiebiges Feld für ihre agitatorisch-zersetzende Thätigkeit zu sehen und arbeitet sie noch still und unentwegt darauf los, die auf verhältnißmäßig engem Raum zusammengedrängten, in schwierigem Berufe thätigen Arbeitermassen als willenloses, gefügiges Werkzeug in die Hand zu bekommen. Daß diese Arbeit nicht erfolglos ist, haben die verschiedenen Bergarbeiterstreiks bewiesen, bei denen noch immer socialdemokratischer Einfluß an leitender Stelle in verderblicher Weise thätig gewesen ist. Wie wenig dieser, eigene Machtzwecke verfolgende Einfluß in den Verhältnissen begründet ist, geht aus dem Steigen der Löhne gerade der Bergarbeiter hervor. Hierzu liefert der Jahresbericht der Bochumer Handelskammer für das Jahr 1900 einen neuen Beleg. Die Arbeitslöhne sind hiernach im genannten Jahre zuerst noch etwas gestiegen, so der durchschnittliche Jahreslohn aller Bergarbeiter von 1255 ℳ auf 1332 ℳ oder 6,14 Procent. Geringere Steigerungen sind in den anderen Industrien erfolgt. Als Beispiele können die Ziffern des Bochumer Vereins gelten. Hier ist der durchschnittliche Lohn aller Arbeiter von 1898/99 bis 1899/1900 (das Geschäftsjahr schließt am 30. Juni) von 1250,96 ℳ auf 1280,64 ℳ gestiegen, also um 2,4 Procent. Gegen Schluß des Jahres 1900 und im laufenden Jahre sind im Bergbau wie in der übrigen Industrie unter dem Druck der rückläufigen Conjunctur Lohnherabsetzungen erfolgt, so daß; namentlich unter Berücksichtigung der mannigfachen Feierschichten der Jahresverdienst der Arbeiter 1901 wahrscheinlich unter den von 1899 fallen wird. Das ist nun allerdings in Anbetracht des schlechten Geschäftsganges der Industrie und im Vergleich zu den Vorjahren immer noch ein reichlicher Lohn, andererseits ist aber zu berücksichtigen, daß seit 1899 die Preise vieler Lebensbedürfnisse wie auch die Wohnungsmiethen, soweit die Arbeiter nicht in Colonien wohnen, gestiegen sind. Die Arbeiterverhältnisse bezeichnet der Bericht als im Allgemeinen zufriedenstellend, nur wird über die Abnahme der Leistungen der Arbeiter geklagt, und die Zahl der arbeitsunwilligen und untüchtigen Leute sei größer wie früher gewesen. Die vorgenommenen beschränktesten Entlassungen hätten zu einer Ausmerzung der weniger guten Arbeiter geführt.

C. H. **Berlin**, 10. August. („Gespenster in den Taunuswäldern.") Unter dieser eigenartigen Ueberschrift giebt das Centralorgan der socialdemokratischen Partei die Meldungen von Verhaftungen von angeblichen Anarchisten bei Homburg wieder. Hat es sich auch in dem erwähnten Fall vielleicht nicht um Anarchisten gehandelt, so ist doch die Thatsache nicht aus der Welt zu schaffen, daß die anarchistische Bewegung zur Zeit sehr lebhaft ist. Man vergegenwärtige sich nur, daß die deutschen Anarchisten als erste Rate für die spanischen Anarchisten in Barcelona 400 ℳ absenden konnten; es befinden sich darunter Posten aus Städten, die, wie Mainz, doch gerade nicht sehr entfernt von Homburg liegen. In Mannheim ist für Mittwoch, 14. August nach der Centralhalle eine große anarchistische Versammlung anberaumt. Die Anarchisten von München wollten sich vor acht Tagen „behufs Meinungsaustausch" im Müllerbad, Hans Sachsstraße 8, treffen. Eine große Rührigkeit der süddeutschen Anarchisten ist also nicht zu bestreiten; desgleichen muß doch immerhin die Thatsache überraschen, daß sich neben dem „Neues Leben" ein zweites Anarchistenorgan: „Freiheit, Organ der deutschen Föderation revolutionärer Arbeiter", halten kann. Während anarchistische Clubs bisher nur in den Vororten Berlins („Heine" in Rixdorf u. s. w.) bestanden, ist jetzt auch Berlin mit einem anarchistischen Club „beglückt" worden, dieser Club „Nord" wird in der Stralsunder Straße 63 tagen. Außerdem haben sich die Anarchisten Berlins einen neuen Stützpunct in dem Verein der freiheitlichen Socialisten Berlins und Umgegend geschaffen. Mit der anarchistischen Bewegung in Deutschland ist es also leider immer noch nicht zu Ende, und es kann deshalb nur vollste Anerkennung finden, daß die Behörden auf die Anarchisten scharf Obacht geben; das schreckliche Verbrechen in Monza wäre vielleicht verhütet worden, wenn die italienischen Sicherheitsorgane besser auf dem Posten gewesen wären.

* **Berlin**, 10. August. Das Ergebniß der Volkszählung vom 1. December 1900 liegt nunmehr vollständig vor. Nach dem statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich, herausgegeben vom Kaiserlichen Statistischen Amt, waren im Deutschen Reiche 475 Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern vorhanden; dieselben zerfielen in 392 Stadtgemeinden und 85 Landgemeinden, Marktflecken und Flecken. — An erster Stelle steht Berlin mit 1 888 326 Einwohnern, dann folgt Hamburg mit 705 738 Einwohnern und an dritter Stelle befindet sich dann München mit beinahe einer halben Million, nämlich 499 959 Einwohnern. Ueber 400 000 bis 500 000 Einwohner haben ferner noch die Städte Leipzig mit 455 089 und Breslau mit 422 738. Nun folgen zwei Städte mit mehr als 300 000 bis 400 000 Einwohnern, nämlich Dresden mit 395 349 und Köln mit 372 229. — Mehr als 200 000 bis 300 000 Einwohner haben die Städte: 1) Frankfurt a. M. 288 489, 2) Nürnberg 261 022, 3) Hannover 235 666, 4) Magdeburg 229 663, 5) Düsseldorf 213 767, 6) Stettin 210 680, 7) Chemnitz 206 584. — Die Zahl der Orte mit mehr als 100 000 bis 200 000 Einwohnern beträgt 19, und zwar Charlottenburg 189 290; Königsberg i. Pr. 187 897; Stuttgart 176 318; Bremen 163 418; Altona 161 507; Elberfeld 156 937; Halle a. d. Saale 156 611; Straßburg i. E. 150 268; Dortmund 142 418; Barmen 141 947; Danzig 140 539; Mannheim 140 384; Aachen 135 235; Braunschweig 128 177; Essen 118 863; Posen 117 014; Kiel 107 938; Crefeld 106 928; Cassel 106 001. Demnach bleiben für die Spanne: 10 000—100 000 noch 442 Orte übrig. In Tausenden ausgedrückt waren nach der Volkszählung vorhanden: im Deutschen Reiche im Jahre 1816: 24 833 000 Einwohner; im